Titelthema: Aufwachen in einer neuen Welt?

UND PLÖTZLICH WAR ALLES ANDERS

Betrug, Gewalt, Spaltung: Die US-Wahlen sind seit über 200 Jahren ein besonderes Drama – oft mit ganz unerwarteten Folgen VON MANFRED BERG

In einem sind sich Demokraten und Republikaner einig, auch wenn die US-Politik heillos polarisiert ist: Bei der kommenden Wahl geht es um alles oder nichts, vielleicht sogar um die Demokratie selbst. Vieles am Wahlkampf 2024 ist beispiellos. Noch nie wurde ein amtierender Präsident von seiner eigenen Partei aus dem Rennen genommen, noch nie hat es gegen einen Kandidaten gleich zwei Attentatsversuche gegeben. Aber die Amerikaner wählen bereits seit 236 Jahren ihren Präsidenten, und längst nicht alles, was uns heute aufregt, ist neu.

So haben Wahlbetrug und Gewalt eine lange und illustre Geschichte. Vor allem die Afroamerikaner, die im Süden jahrzehntelang mithilfe von Lesetests, Wahlsteuern und Repressalien am Wählen gehindert wurden, kennen sie gut. Illegale Stimmabgabe und Fälschung der Ergebnisse gehörten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein zu den gängigen »schmutzigen Tricks«. Und immer schon haben Arbeitslosigkeit und Inflation für den Wahlausgang eine entscheidende Rolle gespielt.

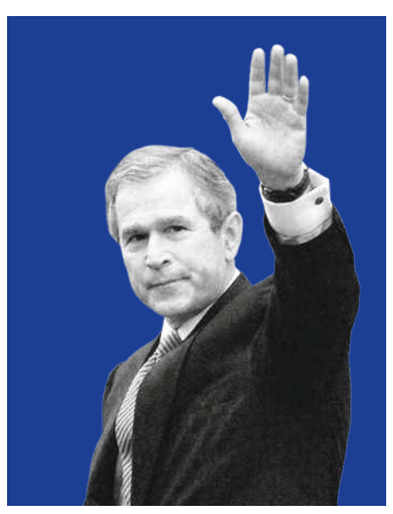
»Geht es Ihnen heute besser als vor vier Jahren?«, fragte Ronald Reagan 1980 bei der Fernsehdebatte mit Jimmy Carter, den die Wähler anschließend in die Wüste schickten. Schon immer haben die Präsidentschaftswahlen Hoffnungen und Ängste geweckt. Oft kam es weniger dramatisch als befürchtet. Bisweilen mangelte es an Spannung, weil, wie 1956 Dwight D. Eisenhower oder 1984 Ronald Reagan, der Amtsinhaber als unschlagbar galt. Doch ebenso häufig wurden die Weichen für die Zukunft der Nation und der Demokratie gestellt.

Die erste dieser historischen Weichenstellungen erfolgte bei der Wahl von 1800,

als Vizepräsident Thomas Jefferson, der in Wirklichkeit zum Oppositionsführer geworden war, den Amtsinhaber John Adams herausforderte. Beide Seiten zogen alle Register. Die Föderalisten, wie sich Adams' Parteigänger nannten, peitschten Gesetze durch den Kongress, die die Pressefreiheit einschränkten, während Jefferson die südlichen Bundesstaaten, wo er seine Basis hatte, indirekt zum Widerstand gegen die Bundesregierung aufrief. Kurz vor der Wahl machten Putschgerüchte die Runde, doch die Wahl verlief ohne Zwischenfälle.

Jefferson erhielt im Wahlkollegium die absolute Mehrheit, und Adams akzeptierte seine Niederlage. Der Sieger wiederum beschwor in seiner Antrittsrede die Einheit der Nation. Das demokratische Prinzip, dass der Wahlverlierer das Ergebnis anerkennt, hatte sich erstmals in der Praxis der Präsidentschaftswahl bewährt.

Dieser Grundsatz hatte sechzig Jahre lang Bestand, auch wenn in der amerikanischen Politik stets mit harten Bandagen gekämpft wurde. Doch mit der Präsidentschaftswahl vom November 1860 eskalierte der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt zwischen dem sklavenhaltenden Süden und dem freien Norden. Beide Seiten rechneten mit der offenen Konfrontation. Als der Republikaner und Sklavereigegner Abraham Lincoln die Wahl allein mit Stimmen aus dem Norden gewann, erklärten elf Südstaaten ihre Sezession. Lincoln bemühte sich verzweifelt um einen Kompromiss, bestand aber darauf, dass der Süden den Ausgang einer demokratischen Wahl respektieren müsse. Am Ende sah er sich gezwungen, zur Rettung der Union Gewalt anzuwenden, doch der Preis war schrecklich. Der vierjährige Bürgerkrieg forderte 700.000 Menschenleben und ist bis heute ein amerikanisches Trauma geblieben.



Nach dem Bürgerkrieg dominierten die Republikaner die Präsidentschaftswahlen, aber die Wiedereingliederung der besiegten Südstaaten in die Union, die sogenannte Reconstruction, wurde zur Herkulesaufgabe, weil sich der Süden nach Kräften gegen die Yankee-Besatzer und die als *»negro rule«* denunzierte Gleichberechtigung der ehemaligen Sklavenbevölkerung wehrte. Gewalt und Wahlbetrug zur Wiederherstellung der weißen Vorherrschaft waren an der Tagesordnung, während im Norden der Wunsch nach Aussöhnung wuchs.

Über den künftigen Status der Schwarzen entschied die Präsidentschaftswahl von 1876, in der es zu einem toten Rennen zwischen dem Republikaner Rutherford B. Hayes und dem Demokraten Samuel J. Tilden kam. Aufgrund massiven Wahlbetrugs waren die Ergebnisse in mehreren Südstaaten umstritten. Nach langen Kungeleien sicherten sich die Republikaner mit Schmiergeld und der Zusage, die letzten Besatzungstruppen aus den Südstaaten abzuziehen, das Weiße Haus. Damit hatte der Süden freie Hand, die schwarze Bevölkerung einem rassistischen Apartheidregime zu unterwerfen, das bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts fortdauerte. Der »Kompromiss von 1876« ebnete den Weg für die nationale Versöhnung, aber er ging auf Kosten der schwarzen Südstaatler.

Im Zeitalter der Weltkriege entschieden die Präsidentschaftswahlen auch über die weltpolitische Rolle der USA. Der 1912 als innenpolitischer Reformer gewählte Demokrat Woodrow Wilson hielt sein Land zunächst aus dem Weltkrieg heraus. Im Wahlkampf 1916 warben die Demokraten noch mit dem Slogan: *He kept us out of war!* Doch kurz nach Wilsons Wiederwahl nahm die deutsche Marine den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder auf und versenkte US-Handelsschiffe. Im April 1917 führte der US-Präsident sein Land an der Seite der Entente in den Krieg, um die Welt »sicher für die Demokratie« zu machen. Den Weltfrieden wollte Wilson durch einen Völkerbund unter amerikanischer Führung sichern, doch im eigenen Land stieß dieser Bruch mit der geheiligten Tradition der Bündnisfreiheit auf Ablehnung. Der Völkerbund scheiterte im US-Senat, und bei der Wahl 1920 siegten die Republikaner haushoch mit dem Versprechen: »Zurück zur Normalität!«

Zwölf Jahre später standen die USA freilich am Abgrund. Die Weltwirtschaftskrise hatte Millionen Amerikaner in Elend und Verzweiflung gestürzt, doch Präsident Herbert Hoover wirkte ratlos und gleichgültig gegenüber den Nöten seiner Landsleute. Sein Herausforderer, der New Yorker Patrizier Franklin D. Roosevelt, versprach einen New Deal und fegte Hoover bei den Wahlen im November 1932 aus dem Weißen Haus. Roosevelt hatte zwar kein Patentrezept gegen die Krise, war aber zu Experimenten in der Wirtschaftspolitik bereit und verbreitete Zuversicht. »Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst«, rief er seinen Landsleuten in seiner Antrittsrede zu. In seinen im Radio übertragenen »Kaminplaudereien« erlebten die Amerikaner ihren Präsidenten, dessen Kinderlähmung sorgsam versteckt wurde, als nationalen Führer. Wie populär FDR war, zeigte sich daran, dass ihn die Wähler gleich dreimal wiederwählten – ein Bruch mit der von George Washington begründeten Tradition, dass ein Präsident nur eine einzige Wiederwahl anstreben solle.

Roosevelts Charisma trug die Amerikaner durch die Große Depression und den Zweiten Weltkrieg, in dem die USA endgültig zur führenden Weltmacht aufstiegen. Aber auch innenpolitisch erwiesen sich seine vier Wahlsiege als nachhaltig, denn die New-Deal-Koalition, deren Rückgrat die Arbeiter- und die Mittelschichten, Einwanderer sowie die schwarze Minderheit bildeten, sicherte den Demokraten bis in die 1960er-Jahre hinein die Vorherrschaft in der US-Politik.

Mit dem Kalten Krieg gewann außenpolitische Führungsstärke in den Präsidentschaftswahlen immer mehr an Bedeutung. Der für die Republikaner kandidierende Ex-General Eisenhower war 1952 und 1956 unbesiegbar, weil der Held des Zweiten Weltkriegs den Amerikanern das Gefühl der Sicherheit vermittelte. Auch im Wahlkampf 1960, als sich Vizepräsident Richard Nixon und der demokratische Senator John F. Kennedy gegenüberstanden, wetteiferten die Kandidaten darum, wer dem Kreml entschlossener die Stirn bieten könne. Weder die politischen Kommentatoren noch die Wähler sahen große Unterschiede zwischen den beiden. Schließlich verdankte JFK seinen hauchdünnen Wahlsieg vielleicht weniger seinem telegenen Auftritt beim legendären Fernsehduell mit dem schlecht rasierten Nixon als Wahlmanipulationen in Texas und Illinois.

Viele Amerikaner glauben heute, Kennedy hätte das Land in eine glücklichere Zukunft geführt, wäre er nicht im November 1963 ermordet worden. Aber seine kurze Amtszeit war vor allem durch Krisen geprägt: den Mauerbau in Berlin vom

August 1961, die Kuba-Krise vom Oktober 1962 sowie den gewaltlosen Protest der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung gegen den institutionellen Rassismus, auf den JFK lange nur halbherzig reagierte.

Richard Nixon bekam seine zweite Chance bei den Wahlen 1968. Inzwischen hatte sich Amerika in den Auseinandersetzungen über den Vietnamkrieg, die Rassenunruhen in den Großstädten und die Kulturrevolution der Radical Sixties polarisiert. Der Republikaner versprach, Gesetz und Ordnung wiederherzustellen und das Land zusammenzuführen. Sein Wahlsieg fiel äußerst knapp aus, weil ihm der Südstaatenpopulist George Wallace Stimmen wegnahm.

Für Linke und Liberale war Nixon eine Hassfigur, doch zunächst unterschied sich seine Politik kaum von der seiner demokratischen Vorgänger. Zum Verdruss vieler Konservativer erweiterte er die Kompetenzen der Bundesregierung, baute den Sozialstaat aus und besuchte die kommunistischen Erzfeinde in Peking und Moskau. Manchen Historikern gilt er als der »letzte Liberale« unter den republikanischen Präsidenten. 1972 bestätigten ihn die Amerikaner mit überwältigender Mehrheit im Amt. Kurze Zeit später kamen allerdings seine illegalen Machenschaften in der Watergate-Affäre ans Licht, und er musste 1974 zurücktreten. In Massachusetts, dem einzigen Staat, wo Nixon 1972 keine Mehrheit bekam, waren Autoaufkleber mit der Aufschrift zu sehen: *We told you so!*

Seit den Achtzigerjahren beherrschten die konservativen Republikaner die US-Politik. Ronald Reagan, der Ex-Schauspieler und »große Kommunikator«, erzielte 1980 und 1984 glänzende Wahlerfolge mit seinen Versprechen, *big government* die Flügel zu stutzen, die Wachstumskräfte des freien Marktes zu entfesseln und der sowjetischen Bedrohung entschlossen entgegenzutreten. Kritiker im In- und Ausland warnten vor einem Atomkrieg. Doch von einer »Reagan-Revolution« konnte keine Rede sein. Reagan leitete zwar die neoliberale Wende ein, ließ aber die populären Sozialprogramme des Bundes, von denen viele seiner Wähler profitierten, unangetastet. Ungeachtet aller Beschwörungen traditioneller Werte setzten sich die Liberalisierung und Pluralisierung der Lebensstile fort. Und als die Sowjetunion unter Gorbatschow Verständigungsbereitschaft signalisierte, reagierte der Kommunistenfresser Reagan erstaunlich flexibel. Am Ende seiner zweiten Amtszeit, so das Urteil eines Historikers, war aus dem »herzlosen Kriegstreiber« eine »nationale Vaterfigur« geworden.

Auch Reagan schuf jedoch keinen neuen nationalen Konsens. Im Gegenteil, um die Wende zum 21. Jahrhundert wurde immer offensichtlicher, dass Demokraten und Republikaner, die früher als austauschbare Patronageklüngel galten, zu etwa gleich starken ideologischen Blöcken geworden waren.

Die zunehmende Spaltung zeigte sich in der Wahl des Jahres 2000. Der Wahlkampf verlief eher langweilig, weil weder Vizepräsident Al Gore noch der Republikaner George W. Bush die Herzen der Wähler höherschlagen ließen. Doch dann führte der extrem knappe Wahlausgang dazu, dass wochenlang um den Wahlsieg gerungen wurde. Alles hing an wenigen Hundert umstrittenen Wahlzetteln in Florida, über deren Zählung am Ende der Oberste Gerichtshof zugunsten von Bush entschied.

Al Gore, der landesweit immerhin 500.000 Stimmen Vorsprung hatte, akzeptierte die Entscheidung des Gerichts, aber viele seiner Anhänger sahen darin eine offene Parteinahme der konservativen Richter für den Republikaner. Bushs Wahlsieg sollte sich als folgenreich erweisen. Zumindest den persönlichen Rachefeldzug gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein, den George W. Bush nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 führte, hätte es unter einem Präsidenten Al Gore wohl nicht gegeben.

Die Wahl Barack Obamas im November 2008 verband sich mit der Hoffnung, mit dem ersten Afroamerikaner im Weißen Haus habe Amerika die Schwelle in ein postrassistisches Zeitalter überschritten. Nach Obama, so die liberale Fortschrittserzählung, müsse mit Hillary Clinton endlich auch die erste Frau ins

höchste Staatsamt aufrücken. Das böse Erwachen kam am 8. November 2016, als die Stimmen von 63 Millionen Wählern und ein antiquiertes Wahlsystem Donald Trump, der sich zum Führer einer Revolte gegen die liberalen Eliten aufgeschwungen hatte, zum Präsidenten der USA machten.

Auch nach Trumps Amtsantritt dauerte die liberale Hybris an. Der »Zufallspräsident«, so der Tenor vieler Kommentare, werde rasch die Lust am Regieren verlieren, und die »Erwachsenen« um ihn herum würden schon das Schlimmste verhindern. Spätestens am 6. Januar 2021 zeigte sich jedoch, dass Trump die amerikanische Demokratie in ihre schwerste Krise seit dem Bürgerkrieg geführt hat.

Trumps erneute Kandidatur belegt, dass er längst nicht mehr nur von »Protestwählern« profitiert. Das »rote« Lager sieht ihn als starken Führer, der für Sicherheit und Wohlstand sorgen wird, das »blaue« Lager warnt vor dem Faschismus. Am 5. November 2024 werden die Weichen gestellt. Darauf, dass sich eine zweite Präsidentschaft Donald Trumps als angenehme Überraschung erweisen wird, dürfen wir nicht hoffen.

Manfred Berg lehrt Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Jüngst ist von ihm erschienen: »Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute« (Klett-Cotta)

Fotos (Ausschnitte, v. l.): Ron Galella Collection/Getty Images; epa/pa/dpa; Archivio GBB/contrasto/laif; AP/pa/dpa; Xinhua/Imago

Jimmy Carter
Präsident von 1977 bis 1981
Letzter Demokrat an der Macht, bevor die republikanischen 80er begannen

George W. Bush
Präsident von 2001 bis 2009
Hauchdünner Wahlsieger über Al Gore und Krieger gegen Saddam Hussein

Ronald Reagan
Präsident von 1981 bis 1989
Ex-Schauspieler, Kommunistenfresser, leitete die neoliberale Wende ein

Richard Nixon
Präsident von 1969 bis 1974
Einziger Präsident, der vom Amt zurücktrat, wegen Watergate

Barack Obama
Präsident von 2009 bis 2017
Erster schwarzer Präsident der USA, Demokrat, Ehemann von Michelle